



Verstärkung des Widerstandes. Banken, Unternehmen und Reiche sollen zahlen!

1. Einleitung: Kürzungsanschlüge nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa!
2. Vorschlag für Aktionspunkte im Herbst: 29.9., 9. u.10. 10., 13. 11.
 - a. Mittwoch, 29. September: Europäischer Aktionstag
 - b. 9. und 10. Oktober in Oldenburg: Krach schlagen statt Kohldampf schieben!
 - c. 13. November: Bisher durch die IG Metall angekündigte Massenmobilisierung
3. Informationsmaterialien und weitere Anlässe
4. Nachwort

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Angriffe auf die Bevölkerungen Europas und auch Deutschlands werden immer heftiger, und Widerstand ist notwendig. Es gibt für den Herbst verschiedene Ankündigungen von Aktivitäten von kleineren und größeren Organisationen und Bündnissen. Für die Sozialproteste sehen wir die beste Herangehensweise darin, sich an bestimmten Punkten in breite Bündnisse einzubringen und Anlässe zu nutzen, Druck für die Durchsetzung unserer Forderungen, die sich gegen die Regierungspolitik richten, zu machen.

Mit dieser - zugegebenermaßen umfangreichen - Rundmail wollen wir einen Überblick bis zum November geben, um in kommenden Rundmails die Informationen zu bestimmten Anlässen zu aktualisieren.

Mit dieser Rundmail legen wir Euch außerdem das Protokoll vom 36. bundesweiten Treffen am 19. Juni in Göttingen vor (siehe Anhang). **Nächstes Treffen: 21. August 10 in Halle (Saale).**

1. Einleitung: Kürzungsanschlüge nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa!

Es gibt ein gemeinsames Interesse von Erwerbstätigen und Erwerbslosen, ihrer Kinder, von Studierenden und Auszubildenden und auch von Rentnerinnen und Rentnern, zusammengefasst: aller Lohnabhängigen, egal, ob mit oder ohne Arbeit. Das ABSP hat in den letzten Jahren gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen einem wichtigen Teil dieses Interesses durch die Verbreitung der Triade 10/30/500 (siehe z.B. www.die-soziale-bewegung.de/triade.html) einen Ausdruck verliehen. Und in der Krise hat die Triade nicht an Aktualität verloren, im Gegenteil:

Zum Beispiel wird in der Stellungnahme des Kampagnenrates 500 Euro Eckregelsatz an die DGB-Gewerkschaftsvorstände, betreffend den DGB-Beschluss für 8,50 Euro Mindestlohn, deutlich, dass, wer in Deutschland einen Mindestlohn unter 10 Euro fordert, ob er es will oder nicht, das Lohndumping in ganz Europa weiter anheizt:

<http://www.500-euro-eckregelsatz.de/10-2010061092.html>

Mit der schrittweisen Einführung der Bürgerarbeit werden auch die bestehenden Ansätze von Mindestlöhnen unterhöhlt, und durch die Streichungen bei Hartz-IV-Empfängern im Rahmen des "Spar"pakets wird der Druck weiter erhöht, Arbeit zu egal welchem Preis anzunehmen. Noch kurz vor der Sommerpause, im Schatten des Fußball-WM-Taumels, hat die Bundesregierung nächste Weichenstellungen vorgenommen:

Im Bundesrat wurde am 9. Juli die Grundgesetzänderung zu den Jobcentern beschlossen und so kurzerhand das Grundgesetz an die langjährige bisher verfassungswidrige Regierungspraxis der Mischverwaltung der Jobcenter angepasst. Die beabsichtigte Streichung beim Elterngeld ist auf

weitere Gruppen von Niedriglöhnern ausgeweitet worden. Und das Modell der Bürgerarbeit läuft in weiteren Kommunen an.

EU-Kommissionspräsident Barroso hat auf einem Treffen mit europäischen Gewerkschaftsspitzen in Bezug auf mehrere südeuropäische Länder mitgeteilt, *"dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten"* (in den deutschen Medien war hiervon nicht berichtet worden):

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/147988>

Gemeint sind vermutlich vor allem diejenigen Länder, in denen als Antwort der Lohnabhängigen auf das brutale und nicht zu rechtfertigende EU-"Spar"-Diktat mittlerweile massive Streikaktivitäten bis hin zu Generalstreiks an der Tagesordnung stehen, wie z.B. in Griechenland. Angesichts des sich verschärfenden Tons der Eliten, der in der Drohung von Barroso deutlichen Ausdruck findet, zeigt sich, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen. Wir dürfen den Lügen der Herrschenden keine Chance lassen, uns nicht auf die nationale und konkurrierende Verzichtslogik einlassen. Die in den Medien für die nationalistische Hetze gegen die griechische Bevölkerung benutzten Lügen sind z.B. sehr gut in dem Infoblatt des Bündnis 31. Januar "Wir sind alle Griechen" widerlegt, das weit verbreitet werden kann (gratis, zu bestellen über info@klartext-info.de):

http://www.klartext-info.de/flugblaetter/rmb_wir_sind_alle_griechen_100604_5.pdf

Dass die Herrschenden auf Eskalation setzen, wird auch anhand der Ereignisse am 12. Juni in Berlin deutlich, als sogar Demonstrationsordner durch die Polizei grundlos gefährlich verletzt wurden, offenbar, um das Deeskalationskonzept der Demonstrationsleitung zu unterlaufen. Wir dokumentieren hier die Pressemitteilung des ABSP anlässlich der Ereignisse:

www.elo-forum.net/Politik/Politik/-2010062018398.html

Ebenfalls hatte das ABSP eine Erklärung in diesem Sinne an die TeilnehmerInnen des Europäischen Sozialforums (1. bis 4. Juli dieses Jahres in Istanbul) verfasst:

www.die-soziale-bewegung.de/2010/06-19_goettingen/Erklaerung_ABSP_an_ESF_Istanbul.doc

Für die Praxis des ABSP sollte es also in den kommenden Monaten wichtig sein,

- den Angriffen auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, also auch der Erwerbslosen, in breiten Bündnissen klare Forderungen und Positionen entgegenzusetzen, Druck dafür zu machen, dass Unternehmen, Banken und Reiche die Kosten der Krise bezahlen, und mehr Menschen dafür zu mobilisieren.
- gemeinsam mit den Lohnabhängigen der anderen europäischen Staaten dem verschärften Sozialabbau und Lohndumping in ganz Europa entgegenzutreten.

Wir schlagen vor, sowohl die Kampagnenpolitik für unsere Forderungen fortzuführen und in weitere gesellschaftliche Bereiche zu tragen, als auch Mobilisierungsbestrebungen von breiten Bündnissen zu unterstützen, hierbei das Ziel vor Augen, zu einer gesamteuropäischen Mobilisierung beizutragen.

2. Vorschlag für Aktionspunkte im Herbst: 29.9., 9. u.10. 10., 13. 11.

Wir schlagen angesichts des kommenden Herbstes folgende Zeitpunkte für bundesweit koordinierte Protestaktionen vor:

Am **Mittwoch, 29. September**, ist ein **europäischer Aktionstag** geplant: Es werden in mehreren südeuropäischen Ländern Generalstreiks stattfinden, und KollegInnen in ganz Europa sind zu solidarischen Aktivitäten aufgerufen. Es wird eine europäische Demonstration in Brüssel geben, welche allerdings, da es sich um einen Mittwoch handelt, für eine Massenmobilisierung aus Deutschland mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Es gibt jedoch erste Gewerkschaftsgliederungen - z.B. sind Vorbereitungen in Kassel bekannt -, die auch in Deutschland gewisse Formen von Arbeitsniederlegungen, z.B. Informationsveranstaltungen in den Betrieben oder auch öffentliche Versammlungen während der Arbeitszeit, planen. Ähnliche Aktionen gab es bundesweit im Herbst/Winter 2006 gegen die Rente mit 67, und sie riefen den breiten Protest der Arbeitgeber hervor. Attac plant einen bundesweiten Bankenaktionstag am 29.9. Außerdem ist in Berlin eine regionale Demonstration am 2. Oktober geplant.

Am **Wochenende des 9. und 10. Oktober** ist durch ein sehr breites Bündnis der Erwerbslosennetzwerke und -organisationen die Aktion "**Krach schlagen statt Kohldampf schieben**" in Oldenburg geplant. Bis zum Ende des Jahres muss die Bundesregierung die Hartz-IV-Regelsätze neu berechnen. Im Mittelpunkt der Aktion in Oldenburg steht die Forderung, dass der Posten für Ernährung im Hartz-IV-Eckregelsatz von nur 118 Euro/Monat um 80 Euro angehoben werden muss. Am Samstag, 9. Oktober 10, wird es eine Konferenz geben, auf deren Podien Experten wie Rudolf Martens vom Paritätischen sitzen werden. Aber auch die Sicht von Beschäftigten des Einzelhandels und Milchbauern, deren Lebensumstände und Löhne herab gedrückt werden, wenn die Masse der Menschen immer weniger Geld für Lebensmittel und ihren Unterhalt zur Verfügung haben, wird zur Sprache kommen.

Am Sonntag, 10. Oktober, gibt es eine angemeldete Massenaktion an der ARGE Oldenburg, unter dem Motto "Krach schlagen statt Kohldampf schieben". Für die Demonstration soll man massenweise Kochtöpfe, Kochlöffel und anderes Essgeschirr, mit dem man Krach schlagen kann, mitbringen.

Für Konferenz und Aktion mobilisieren fast alle Erwerbslosenorganisationen und -netzwerke des gesamten Bundesgebietes gemeinsam: KOS, BAG Plesa, Tacheles, Erwerbslosen Forum Deutschland, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss, Aktionsbündnis Sozialproteste, ... und natürlich die ALSO aus Oldenburg.

Am **13. November plant bisher die IG Metall eine Massenmobilisierung**. Es scheint aber so, dass weitere DGB-Gewerkschaften und hoffentlich auch der DGB-Bundesvorstand sich anschließen werden.

In den Wochen vom 24. Oktober bis 13. November sind von ver.di und IG Metall vielfältige Aktivitäten aus den Betrieben heraus während der Arbeitszeit geplant. Z.B. gibt es von der ver.di-Bundesebene die Aufforderung in die Organisation hinein, je Landesbezirk mindestens 40 Betriebe zu nennen, in denen es Aktionen während der Arbeitszeit geben wird.

3. Informationsmaterialien und weitere Aktivitäten

Um den Druck für höhere Masseneinkommen einerseits, und auf der anderen Seite Abgaben von Banken, Unternehmen und Reichen zu verstärken, gibt es ein neues Flugblatt:

"Die Werktätigen brauchen mehr Brutto und mehr Netto!":

http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/flugblaetter/mehr_brutto_und_mehr_netto_5.pdf

(Flugblatt in gewünschter Zahl kostenlos bestellbar per E-Mail an info@klartext-info.de)

Eine wichtige Forderung, die wir auch in Aktivitäten des Herbstes hinein tragen wollen, ist die danach, dass, **als Antwort auf die Krisenfolgen, beim Spitzensteuersatz (42 → 56 %), bei der Körperschaftsteuer (15 → 56 %), bei der Mehrwertsteuer (19 → 14 %) und durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer der Stand von vor 20 Jahren wieder hergestellt werden soll**. Eine Forderung, die niemand als überzogen bezeichnen kann, sondern eine Forderung, die deutlich macht, auf wie dreiste Weise, das Kapital sich auf Kosten der Lohnabhängigen bereichert hat und nun die Kosten seiner Krise ebenfalls nicht bezahlen will.

Um den **Druck gegen die Bürgerarbeit** zu verstärken und gleichzeitig die Forderung nach 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn weiter zu verbreiten, ist ein Flugblatt entwickelt worden:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/buergerarbeit/flugblatt-buergerarbeit-graustufen.pdf>

Gemeinsam mit Campact, Attac, der ver.di-Jugend und weiteren Organisationen ist eine "**Letzte-Hemden-Aktion**" geplant. In Fußgängerzonen, an öffentlichen Plätzen und bei weiteren Anlässen sollen Leute aufgefordert werden, ihre letzten Hemden abzugeben, sie vorher ggfs. vor Ort mit Forderungen, Parolen oder überhaupt nach ihrem Geschmack zu bemalen. Diese sollen zum Tag X, wenn der Bundestag den Bundeshaushalt und damit auch das "Spar"-paket beschließen will, eine Protest- bzw. Blockadeaktion am Bundestag organisieren. Eine riesige Installation mit Hunderten oder Tausenden letzten Hemden auf der Wiese vor dem Bundestag. Wir dokumentieren hier die Pressemitteilung vom 19. Juli:

http://www.die-soziale-bewegung.de/2010/letztes_hemd/pm_letztes_hemd.pdf

Auch diese Aktion im Bündnis mit weiteren Organisationen eignet sich dazu, mit den Materialien

der Bündnisplattform 500 Euro Eckregelsatz zu arbeiten und Unterschriften zu sammeln. Ebenso ist es der richtige Ort, die Forderung nach Besteuerung der Reichen zu verbreiten, als Gegenmaßnahme gegen die Krisenfolgen. Hierfür steht das zu Beginn von Abschnitt 3. erwähnte Flugblatt "Die Werkstätigen brauchen mehr Brutto und mehr Netto" zur Verfügung.

Beim 36. bundesweiten Treffen des ABSP in Göttingen wurde beschlossen, dass eine **E-Mail- und Vor-Ort-Aktion als Antwort auf das Spar-Paket der Bundesregierung** und vor allem gegen die nicht zu rechtfertigenden Kürzungsansätze auf Erwerbslose und Niedriglöhner vorbereitet werden sollte.

Wir bieten Euch den Text "**Reiche besteuern statt Kürzungen im Sozialen**" an, damit Ihr ihn entweder so wie er ist, an Bundestagsabgeordnete Eures Wahlkreises senden, ihn auch ansonsten verbreiten könnt, ihn natürlich aber auch als "Steinbruch" für Eure eigenen Texte verwenden könnt, wenn Ihr Grundideen davon verwenden möchtet.

www.die-soziale-bewegung.de/2010/06-19_goettingen/Statt_Sozialkuerzung_Reiche_besteuern.doc

4. Nachwort

In Durchsetzungskampagnen mit sehr exakt vorgetragenen Minimalforderungen, die mit unwiderlegbaren Begründungen ausargumentiert sind, wurde seit 2008 begonnen, Forderungen im im Bündnis der Erwerbslosen und Erwerbstätigen gegen Regierung und Kapital durchzusetzen. Die Kinderplattform (www.kinderarmut-durch-hartz4.de) war erfolgreich, gegen enorme Widerstände. Bundesspitzen der Organisationen wie des DGB und des Paritätischen hatten zwar nicht den Mut, mit der Deutlichkeit vorzugehen, wie die Sozialproteste es taten. Der Gesamtdruck reichte aufgrund der Klarheit und Hartnäckigkeit aber, die Wiedereinführung der Regelsatzstufe der Kinder im Schulalter mit 36 Euro mehr pro Monat zu erzwingen.

In diesem Sinne soll nun Druck für 500 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz und 10 Euro lohnsteuerfreien Mindestlohn gemacht werden. Dies flankiert durch die Forderung, die Steuerpolitik in wesentlichen Punkten auf den Stand von vor 20 Jahren wieder herzustellen, um eine Antwort auf die Frage, wer denn bezahlen soll, zu geben.

Diese Aufklärung und damit den Druck für unsere berechtigten und minimalen Forderungen wollen wir im Rahmen der beschriebenen Aktivitäten mit Bündnispartnern in die Gesellschaft tragen.

Wir möchten besonders die MitstreiterInnen in der Region Berlin/Brandenburg darauf hinweisen, dass am Montag, 19. Juli, der Zug der Tagelöhner in Luckenwalde/Jüterbog beginnt. Er endet am 28.7. in Berlin: <http://www.soziale-bewegung-land-brandenburg.de>

Mit solidarischen Grüßen

Wolfram Altekrüger, Martina Dietze, Thomas Elstner, Egbert Holle, Teimour Khosravi, Roland Klautke, Michael Maurer, Tommi Sander, Edgar Schu, Eva Stilz, Oliver Vetter, Dieter Wieder, Helmut Woda

Koordinierungsstellen (siehe nächste Seite, Email-Adressen, „at“ bitte durch „@“ ersetzen):

Wolfram Altekrüger, W.Altekrueger at gmx.de (Sachsen-Anhalt); Martina Dietze, groeditz-md at gmx.de (Dresden); Thomas Elstner, thomas_elstner at web.de (Gera/Thüringen); Egbert Holle, EgbertHolle at web.de (Hannover); Teimour Khosravi teik1111 at gmx.de (Gießen/Mittelhessen); Roland Klautke, RolandKlautke at web.de (Berlin); Michael Maurer, m.maurer2 at gmx.de (Brandenburg); Tommi Sander, tommi.sander at gmx.net (Aschersleben/Sachsen-Anhalt – Unterstützung für Kontakt zu Initiativen bundesweit); Eva Stilz, eva.stilz at t-online.de (Rosenheim/Bayern); Oliver Vetter, gleichwieanders at web.de (Nordhessen); Dieter Weider, DieterWeider at mdcc-fun.de (Magdeburg/Sachsen-Anhalt); Helmut Woda, Helmut.Woda at web.de (Karlsruhe)

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, 0551 9964381 (Göttingen)

Wissenschaftliche Beratung: Peter Grottian, per Email über benedictugarte at aol.com, Tel.: 0171 8313314 (ruft gerne zurück)

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de